

NEUE LEISTUNGSSTRUKTUR IN DER EINGLIEDERUNGSHILFE

ÜBERSICHT LANDESRAHMENVERTRÄGE: WIE WERDEN DIE LEISTUNGEN DER EINGLIEDERUNGSHILFE BESCHRIEBEN?

Marcus Rietz

Projekt „Umsetzungsbegleitung Bundesteilhabegesetz“

Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V.

Gefördert durch:



In Trägerschaft von:



WAS SIND LANDESRAHMENVERTRÄGE ?

- Landesrahmenverträge dienen dem Zweck, jeweils landesweit die wesentlichen Bestandteile der Leistungserbringung vorzuklären und dadurch stark voneinander abweichende Einzelvereinbarungen auf örtlicher Ebene zu vermeiden.
- Parteien der Rahmenverträge sind die Träger der Eingliederungshilfe auf Landesebene und die Vereinigungen der Leistungserbringer.
- Durch das BTHG und die damit einhergehende Trennung der Fachleistung Eingliederungshilfe von den existenzsichernden Leistungen wurde es notwendig neue Landesrahmenverträge zu schließen.

UMSETZUNGSSTAND: TRÄGER DER EINGLIEDERUNGSHILFE (1/2)

- **Baden-Württemberg:** Stadt- und Landkreise
- **Bayern:** Bezirke
- **Berlin:** Land Berlin (Teilhabefachdienste der Ämter für Soziales der Bezirke)
- **Brandenburg:** Landkreise und kreisfreie Städte sowie das Land Brandenburg (für übergeordnete Steuerungsaufgaben)
- **Bremen:** Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven sowie das Land Bremen (für übergeordnete Steuerungsaufgaben)
- **Hamburg:** Freie und Hansestadt Hamburg
- **Hessen:** kreisfreie Städte und Landkreise, Landeswohlfahrtsverband Hessen („Lebensabschnittsmodell“)
- **Mecklenburg-Vorpommern:** Landkreise und kreisfreie Städte
- **Niedersachsen:** Landkreise, kreisfreie Städte und Region Hannover sowie Land („Lebensabschnittsmodell“)
- **Nordrhein-Westfalen:** Kreise und kreisfreie Städte als örtliche Träger (Kinder und Jugendliche in der Herkunftsfamilie bis zum Abschluss einer ersten allgemeinen Schulausbildung) sowie Landschaftsverbände als überörtliche Träger („Lebensabschnittsmodell“)

- **Rheinland-Pfalz:** Land sowie Landkreise und kreisfreie Städten („Lebensabschnittsmodell“); Das Land bei Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben auch für Minderjährige zuständig
- **Saarland:** Land Saarland (Landesamt für Soziales)
- **Sachsen:** kreisfreie Städte, Landkreise und der Kommunale Sozialverband Sachsen (KSV) mit verteilten Zuständigkeiten
- **Sachsen-Anhalt:** Land Sachsen-Anhalt (Sozialagentur Sachsen-Anhalt)
- **Schleswig-Holstein:** Landkreise und kreisfreie Städte und das Land (für übergeordnete Steuerungs- und Koordinierungsaufgaben)
- **Thüringen:** Landkreise und kreisfreie Städte und das Land (für übergeordnete Steuerungs- und Koordinierungsaufgaben)

- Müssen auf Landesebene zwischen den Trägern der Eingliederungshilfe und den Vereinigungen der Leistungserbringer unter Mitwirkung der maßgeblichen Interessenvertretungen der Menschen mit Behinderungen geschlossen werden
- Dienen der Vereinheitlichung von Inhalten, die dann zwischen den Trägern der Eingliederungshilfe und den Vereinigungen der Leistungserbringer in den Leistungs- und Vergütungsvereinbarungen nach § 125 SGB IX geregelt werden
- Sind gemeinsam und einheitlich zu schließen oder durch Landesverordnung zu erlassen

BESTIMMUNG DER MAßGEBLICHEN INTERESSENVERTRETUNGEN

§ 131 ABS. 2 SGB IX (1/3)

- **Baden-Württemberg:** Landesbehindertenbeauftragte sowie die weiteren, vom Landesbehindertenbeirat benannten Interessenvertretungen.
- **Bayern:** LAG SELBSTHILFE Bayern e.V.
- **Berlin:** Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen sowie eine weitere vom Landesbeirat für Menschen mit Behinderungen benannte Person.
- **Brandenburg:** Landesbehindertenbeirat Brandenburg benennt bis zu drei Vertreterinnen und Vertreter.
- **Bremen:** Gemeinsam mit dem federführenden Senatsressort hat sich der Landesteilhabebeirat darauf geeinigt, dass der Beirat mit sechs Personen in der Vertragskommission und mit jeweils zwei in den Unterkommissionen vertreten sein wird.
- **Hamburg:** Landesarbeitsgemeinschaft für behinderte Menschen e.V. (LAG).

BESTIMMUNG DER MAßGEBLICHEN INTERESSENVERTRETUNGEN

§ 131 ABS. 2 SGB IX (2/3)

- **Hessen:** Der Inklusionsbeirat bei der oder dem Beauftragten der Hessischen Landesregierung für Menschen mit Behinderungen für die Dauer seiner Amtszeit bestimmt drei Vertreter/innen der Verbände der Menschen mit Behinderungen sowie deren Stellvertretungen.
- **Mecklenburg-Vorpommern:** Rat für Integrationsförderung von Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen.
- **Niedersachsen:** Interessenvertretung der Menschen mit Behinderungen ist der Landesbeirat für Menschen mit Behinderungen, der insoweit nur durch das vorsitzende Mitglied und die Mitglieder nach § 12 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 des Niedersächsischen Behindertengleichstellungsgesetzes handelt.
- **Nordrhein-Westfalen:** Landesverbände der Menschen mit körperlichen, seelischen, geistigen oder Sinnesbeeinträchtigungen sowie die Sozialverbände; die oder der Landesbehindertenbeauftragte unterstützt die Koordinierung der Beteiligung mit einer Koordinierungsstelle.

BESTIMMUNG DER MAßGEBLICHEN INTERESSENVERTRETUNGEN

§ 131 ABS. 2 SGB IX (3/3)

- **Rheinland-Pfalz:** Die von den Landesverbänden der unabhängigen Selbstvertretung und der Selbsthilfe im Benehmen mit dem Landesbeirat zur Teilhabe behinderter Menschen in Rheinland-Pfalz bestimmten und entsandten Vertreter/innen sowie deren Stellvertretungen.
- **Saarland:** Landesbeirat für die Belange von Menschen mit Behinderungen.
- **Sachsen:** Landesbeirat für die Belange der Menschen mit Behinderungen.
- **Sachsen-Anhalt:** Landesbehindertenbeirat vertreten durch den Beauftragten der Landesregierung für die Belange der Menschen mit Behinderungen.
- **Schleswig-Holstein:** Der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen.
- **Thüringen:** LIGA der politischen Interessen- und Selbstvertretung von Menschen mit Behinderungen in Thüringen e.V.

INHALTE EINES LANDESRAHMENVERTRAGES (1/2)

§ 131 Absatz 1 Satz 2 Ziffer 1 – 7 SGB IX

1. Nähere Abgrenzung der den Vergütungspauschalen und -beträgen nach § 125 Absatz 1 zugrunde zu legenden Kostenarten und -bestandteile sowie die Zusammensetzung der Investitionsbeträge nach § 125 Absatz 2
2. Inhalt und die Kriterien für die Ermittlung und Zusammensetzung der Leistungspauschalen, die Merkmale für die Bildung von Gruppen mit vergleichbarem Bedarf nach § 125 Absatz 3 Satz 3 sowie die Zahl der zu bildenden Gruppen
3. Höhe der Leistungspauschale nach § 125 Absatz 3 Satz 1

INHALTE EINES LANDESRAHMENVERTRAGES (2/2)

§ 131 Absatz 1 Satz 2 Ziffer 1 – 7 SGB IX

4. Zuordnung der Kostenarten und -bestandteile nach § 125 Absatz 4 Satz 1
5. Festlegung von Personalrichtwerten oder anderen Methoden zur Festlegung der personellen Ausstattung
6. Grundsätze und Maßstäbe für die Wirtschaftlichkeit und Qualität einschließlich der Wirksamkeit der Leistungen sowie Inhalt und Verfahren zur Durchführung von Wirtschaftlichkeits- und Qualitätsprüfungen
7. Verfahren zum Abschluss von Vereinbarungen.

WAS FOLGT AUS DEN LANDESRAHMENVERTRÄGEN?

- Die Landesrahmenverträge sollen die Verhandlungen und den Abschluss von Vereinbarungen gem. § 125 SGB IX zwischen den Eingliederungshilfe-Trägern und den Leistungserbringern erleichtern, indem der Rahmen vorgegeben wird.
- Ein automatischer Einbezug des Rahmenvertrages in die Leistungs- und Vergütungsvereinbarungen erfolgt nicht, es besteht aber die Verpflichtung zur Beachtung der im Rahmenvertrag zugrunde gelegten Vorgaben.
- Eine Bezugnahme auf den Landesrahmenvertrag erfolgt dann in der jeweiligen Einzelvereinbarung.

UMSETZUNGSSTAND IN DEN BUNDESLÄNDERN: (1/4)

- Baden-Württemberg:** Es wurde eine Übergangsvereinbarung geschlossen. Die Überleitung findet zum 1. Januar 2020 statt. Die Übergangsphase ist befristet bis längstens 31. Dezember 2021.
- Bayern:** Es wurde eine Übergangsvereinbarung für die Zeit vom 1. Januar 2020 bis längstens 31. Dezember 2022 geschlossen.
- Berlin:** Am 5. Juni 2019 wurde der Landesrahmenvertrag nach § 131 SGB IX zwischen dem Land Berlin (vertreten durch die für Soziales zuständige Senatsverwaltung) und der Vereinigung der Leistungserbringer geschlossen. In § 39 des Berliner Rahmenvertrages werden Übergangsregelungen getroffen (bis längstens 31. Dezember 2021).
- Brandenburg:** Zwischen den Trägern der Eingliederungshilfe und den Vereinigungen der Leistungserbringer wurde ein Rahmenvertrag gemäß § 131 SGB IX geschlossen. Die aufgeführten Leistungstypen gelten weiter, bis diese durch neue Regelungen ersetzt werden.
- Bremen:** Der Landesrahmenvertrag wurde im August 2019 zwischen der Freien Hansestadt Bremen (Land) als überörtlicher Träger der Eingliederungshilfe unter Beteiligung der Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven als örtliche Träger der Eingliederungshilfe und den Vereinigungen der Leistungserbringer geschlossen. Vertragsparteien einigen sich spätestens zum 1. September 2020 in Verhandlungen zum Abschluss eines neuen Rahmenvertrages zu gehen.

UMSETZUNGSSTAND IN DEN BUNDESLÄNDERN: (2/4)

- Hamburg:** Am 19. Dezember 2018 wurde der Landesrahmenvertrag nach § 131 SGB IX zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg (vertreten durch die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration als Trägerin der Eingliederungshilfe) und den Vereinigungen der Leistungserbringer auf Landesebene in Vertretung ihrer jeweiligen Mitglieder geschlossen. Vertrag kann mit einer Frist von 6 Monaten zum Ende eines Kalenderjahres, erstmals zum 01.01.2024, schriftlich gekündigt werden.
- Hessen:** Es wurde ein Übergangsrahmenvertrag bis Ende 2021 vereinbart.
- Mecklenburg-Vorpommern:** Der Landesrahmenvertrag ist am 1. Januar 2020 per Landesverordnung in Kraft getreten. Der Landesrahmenvertrag gilt unbefristet, Vergütungsvereinbarungen bis zum Abschluss einer neuen Vergütungsvereinbarung, längstens bis 31.12.2020
- Niedersachsen** Es wurde eine Übergangsvereinbarung zur Umsetzung des BTHG in Niedersachsen für die Zeit bis zum 31. Dezember 2021 geschlossen.
- Nordrhein-Westfalen:** Am 23. Juli 2019 wurde ein Landesrahmenvertrag zum SGB IX zwischen den Landschaftsverbänden Rheinland (LVR) und Westfalen-Lippe (LWL) und den kommunalen Spitzenverbänden (Städtetag NRW, Landkreistag NRW, Städte- und Gemeindebund NRW) und den Wohlfahrtsverbänden sowie den öffentlichen und privat-gewerblichen Leistungsanbietern geschlossen.

UMSETZUNGSSTAND IN DEN BUNDESLÄNDERN: (3/4)

- Rheinland-Pfalz:** Der Landesrahmenvertrag wurde Ende 2018 zwischen dem Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung und den Vereinigungen der Leistungserbringer geschlossen. Dieser gilt für die volljährigen Menschen mit Behinderungen. Wie beim Landesrahmenvertrag für minderjährige Menschen mit Behinderungen, der von den 36 Kommunen mit den Leistungserbringern abgeschlossen wurde, gelten Übergangsregelungen bis Ende 2022.
- Saarland:** Am 10. Dezember 2019 wurde zwischen dem Sozialministerium und der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege Saar eine Übergangsvereinbarung geschlossen, die längstens bis zum 31.12.2021 gilt. Parallel dazu wird ein Landesrahmenvertrag verhandelt.
- Sachsen:** Am 5. August 2019 wurde der Rahmenvertrag für die Leistungen der Eingliederungshilfe für Kinder, Jugendliche und erwachsenen Menschen mit Behinderungen in Sachsen durch die Träger der Eingliederungshilfe und Leistungserbringer unterzeichnet.
- Sachsen-Anhalt:** Der Rahmenvertrag des Landes Sachsen-Anhalt zur Erbringung von Leistungen der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen nach § 131 Abs. 1 SGB IX wurde am 14. August 2019 zwischen dem Land Sachsen-Anhalt und den Vereinigungen der Leistungserbringer geschlossen. Übergangsregelungen gelten bis Ende 2021.

UMSETZUNGSSTAND IN DEN BUNDESLÄNDERN: (4/4)

Schleswig- Holstein:

Der Landesrahmenvertrag wurde am 12. August 2019 zwischen den Kreisen und kreisfreien Städten des Landes Schleswig-Holstein, dem Land und Vereinigungen der Leistungserbringer geschlossen.

Thüringen:

Am 31. Mai 2019 ist in Thüringen der Landesrahmenvertrag zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes zwischen den Trägern der Eingliederungshilfe und den Verbänden der Leistungserbringer geschlossen worden. Übergangsvereinbarungen gelten bis spätestens zum 31.12.2022.

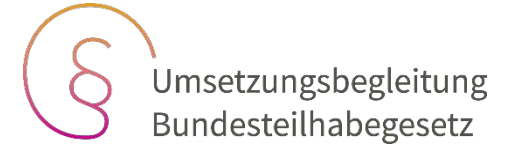
BESCHREIBUNG DER EINGLIEDERUNGSHILFELEISTUNGEN

Beispiel Landesrahmenvertrag Nordrhein-Westfalen (LRV-NRW)

- Differenzierung nach Leistungen für Kinder und Jugendliche, Teilhabe am Arbeitsleben, Teilhabe an Bildung und Sozialer Teilhabe, Teil B Ziffer 1-4 LRV-NRW
- Innerhalb der einzelnen Leistungen werden jeweils die für die Leistungsart geltenden Grundsätze und Ziele sowie im Anschluss die konkrete Ausgestaltung der Einzelleistung detailliert beschrieben und zusätzlich auf die Anlage A Ziffer 1-5 zum LRV-NRW Bezug genommen
- Beispiel Soziale Teilhabe, Teil B Ziffer 4.1 ff. LRV-NRW
 - Grundsätze
 - Unterstützende Assistenz
 - Qualifizierte Assistenz
 - [...]

WIRTSCHAFTLICHKEIT, QUALITÄT, WIRKSAMKEIT DER LEISTUNGEN

Grundsätze und Maßstäbe nach § 131 Absatz 1 Satz 1 Ziffer 6 SGB IX



- Erläuterung der Grundsätze und Maßstäbe der Wirtschaftlichkeit und Qualität, Teil A Ziffer 7.1-2 LVR-NRW
- Unterscheidung zwischen Struktur-, Prozess- und Ergebnisqualität, Teil A Ziffer 7.2.1-7.2.3 Absatz 1 LVR-NRW
- Trennung von Wirkung (personenbezogen) und Wirksamkeit (institutionell), Teil A Ziffer 7.2.3 Absatz 2,3 LVR-NRW

WIRTSCHAFTLICHKEITS- UND QUALITÄTSPRÜFUNGEN

Inhalt und Verfahren nach § 131 Absatz 1 Satz 1 Ziffer 6 LRV-NRW

- Detaillierte Regelungen zu Durchführung der Qualitäts- und Wirtschaftlichkeitsprüfungen, Mitwirkungspflichten der Leistungserbringer, Dokumentation des Prüfungsergebnisses sowie Rechtsfolgen bei Pflichtverletzungen, Teil A Ziffer 8.1-8.3 und 8.5 LRV-NRW
- Separate Regelung zur Prüfung der Wirksamkeit, Teil A Ziffer 8.4 LRV-NRW i.V.m Anlage E Ziffer 4.3 zum LVR-NRW
- Keine eigenständige Wirkungsprüfung, aber Einbezug über Anlage E Ziffer 4.3 zum LRV-NRW

ZIEL DER EINGLIEDERUNGSHILFE UND ZIEL DER PFLEGE

§§ 1 SGB IX, 1,2 SGB XI

- Ziel der Eingliederungshilfe ist die Förderung der Selbstbestimmung sowie die volle, wirksame und gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gesellschaft von Menschen mit Behinderungen oder von Behinderung bedrohte Menschen sowie Benachteiligungen zu vermeiden oder ihnen entgegenzuwirken, § 1 Absatz 1 Satz 1 SGB IX
- Ziel der Pflege ist es Pflegebedürftigen Hilfe zu leisten, die wegen der Schwere der Pflegebedürftigkeit auf solidarische Unterstützung angewiesen sind, § 1 Absatz 4 SGB XI. Die Leistungen der Pflegeversicherung sollen den Pflegebedürftigen helfen, trotz ihres Hilfebedarfs ein möglichst selbständiges und selbstbestimmtes Leben zu führen, das der Würde des Menschen entspricht. Die Hilfen sind darauf auszurichten, die körperlichen, geistigen und seelischen Kräfte der Pflegebedürftigen, auch in Form der aktivierenden Pflege, wiederzugewinnen oder zu erhalten, § 2 Absatz 1 SGB XI

SCHNITTSTELLE EINGLIEDERUNGSHILFE UND PFLEGE

§ 103 SGB IX

- Eingliederungshilfe und Pflegeleistungen im ambulanten Bereich > Beide Leistungen gleichrangig; Eingliederungshilfe leistet inkl. Pflegeleistung, wenn Leistungsberechtigter zustimmt, § 13 Absatz 4 SGB XI
- Eingliederungshilfe und Pflegeleistungen in Einrichtungen gem. § 103 Absatz 1 SGB IX, die keine stationären Pflegeeinrichtungen sind > Eingliederungshilfe erbringt auch Pflegeleistung
- Eingliederungshilfe und ambulante Hilfe zur Pflege > Eingliederungshilfe umfasst Hilfe zur Pflege, wenn Eingliederungshilfebedarf vor Eintritt ins Rentenalter bestand (Lebenslagenmodell), § 103 Absatz 2 SGB IX

DIE EINZELNEN LANDESRAHMENVERTRÄGE

Anforderungen nach § 131 Absatz 1 Satz 2 SGB Ziffer 1 – 7 SGB IX

- Die einzelnen Landesrahmenverträge unterscheiden sich erheblich hinsichtlich Struktur, Umfang und Regelungsintensität.
- Die Bandbreite reicht von reinen Übergangsvereinbarungen über befristete Landesrahmenverträge mit umfangreichen Übergangsregelungen bis zu unbefristeten Verträgen, die Regelungen zu nahezu allen Kriterien des § 131 Absatz 1 Satz 2 SGB IX beinhalten.